



EUROPA

EP-Periode 2024-2029

Europa wählt

Zwischen 6. und 9. Juni 2024 finden die EU-Wahlen statt. Die EU-Bürger:innen wählen 720 Abgeordnete, die für die neue Legislaturperiode 2024-2029 ins EU-Parlament einziehen – hier eine Darstellung der unterschiedlichen Schwerpunkte.

Momentan sitzen im EU-Parlament (EP) 705 Parlamentarier, die jeweils einer der sieben verschiedenen politischen Gruppen angehören. Die größten Gruppen sind die Europäische Volkspartei (EVP) mit 179 Sitzen und die Sozialisten und Demokraten Europas (S&D) mit 141 Sitzen. Danach kommen die Europäische Grüne Partei (Grüne), die Allianz der Liberalen und Demokraten Europas (Renew), die Europäischen Konservativen und Reformen (ECR), die Europäische Linke (Linke), die Fraktion Identität und Demokratie (ID) sowie einige fraktionslose Abgeordnete (NI). Anfang Juni werden die Karten neu gemischt. Was die einzelnen Parteienfamilien für die europäische Wirtschaft planen, haben wir im Folgenden zusammengefasst und analysiert.

EP-Programme zur Umwelt-, Energie- und Klimapolitik



Europäische Volkspartei (EVP)

- Technologieneutralität zur Erreichung der Energie- und Klimaziele
- Klimaschutz und Wirtschaft sollen Hand in Hand gehen, deshalb mehr strategische Souveränität bei Zukunftstechnologien im Klimabereich durch Investitionen und Forschung
- Diversifizierung der Beschaffungsmärkte für Rohstoffe, Ermächtigung der EU, internationale Umweltabkommen selbst zu vereinbaren
- Energieunion zur Erreichung von Energiesouveränität, Schaffung einer Kreislaufwirtschaft sowie Ausbau der grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur
- Unterstützung der Landwirtschaft durch weniger Bürokratie, durch Förderung von Moon-Shot-Projekten (z.B. Präzisionslandwirtschaft) sowie Reform der GAP

Sozialisten und Demokraten Europas (S&D)



- Mehr Investitionen in die Energiewende, Klimaneutralität als Kraft des sozialen Fortschritts („Made in Europe“), Grüner Deal mit rotem Herzen
- Reform des Energiemarkts zur Gewährleistung der Preisstabilität und Leistbarkeit
- Diversifizierung der Beschaffungsmärkte für Energie und Rohstoffe
- Nachhaltiger Wasserschutz, Stärkung der GAP und Unterstützung der Bauern beim Übergang zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft
- Schutz vor unfairem Wettbewerb, Green Deal zur Verbesserung des Lebens für Landwirte

Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (Renew)



- Stärkung der Europäischen Umweltagentur zur Sicherstellung konsistenter Implementierung von Umweltstandards sowie Entwicklung einer europäischen Strategie zur Biomassennutzung
- Technologieneutralität zur Erreichung der Klimaziele und Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Erneuerbare und Energieeffizienzmaßnahmen
- Besseres Abfallmanagement durch z.B. EU-weites Müllrückgabeschema und Essensspenden
- Ausweitung des ETS-Systems auf alle Sektoren und Schaffung eines technologieneutralen Zertifizierungssystems für Negativemissionen
- Reform der GAP zur Unterstützung bei der Transformation zu einem nachhaltigeren Nahrungsmittelproduktionssystem

Europäische Grüne Partei (Grüne)



- Abschaffung der Subventionen für fossile Energieträger bis 2027 und Nutzung dieser Gelder für den Ausbau grüner Energieträger und grüner Infrastruktur
- Reduzierung der Abhängigkeit fossiler Energieträger durch die Produktion erneuerbarer Energieträger in Europa und volle Klimaneutralität bis 2040
- Bestimmte Technologien sollen für bestimmte Anwendungen reserviert sein, z.B. Wasserstoff nur als Energiespeicher und als Antriebsform nur für Schiffe und Flugzeuge
- Mehr Mittel für die Anpassung an den Klimawandel, Schaffung einer echten Kreislaufwirtschaft und Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel
- Unterstützung der Bauern beim Übergang zu ökologischeren Methoden durch faire Preise, kein unfairer Wettbewerb mit Drittstaaten

Europäische Konservative und Reformer (ECR)



- Umweltschutz soll Firmen und Mitgliedstaaten keine unnötige Bürokratie aufbürden
- Senkung der Emissionen durch EU-Emissionshandelssystem und Schaffung eines Gleichgewichts zwischen den Klima- und Wettbewerbsverpflichtungen der EU
- Notwendigkeit sauberer Luft durch Festlegung von Luftqualitätsgrenzwerten
- Schutz von Wildtieren und gefährdeten Tieren durch Bekämpfung illegalen Handels
- Nachhaltiger Fischerei- und Landwirtschaftssektor durch Umweltschutz, nachhaltiger Versorgung der Konsument:innen und Schutz der Fischer und Bauern, auch durch bessere Technologien

Europäische Linke (Linke)



- Ambitioniertere Klimaziele, Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs ohne Privatisierung
- Öffentliche Kontrolle und öffentliches Eigentum an Gemeinschaftsgütern wie Wasser und Energie, Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kosten bei der Wasserbewirtschaftung
- Integration der biologischen Vielfalt in alle sektoralen Politiken
- Reform der GAP für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft zur Sicherung von Einkommen, Bodenschutz, Ernährungssouveränität und Klimaresistenz
- Umweltfreundlichere Autoproduktion, Verbot von Privatflügen und mehr Investitionen in den ökologischen Wandel u.a. durch Änderung der Politik der EZB.

Analyse:

- EVP und Renew für Technologieneutralität zur Erreichung der Klimaziele, Grüne für Abschaffung der Subventionen für fossile Energieträger und Nutzung dieser Gelder für Erneuerbare
- EVP, S&D und Grüne für technologische Souveränität im Bereich der Energieträger, auch durch Diversifizierung der Beschaffungsmärkte für Rohstoffe, S&D für Reform des Energiemarktes
- Renew für Vereinfachung der Verfahren von Klimaschutzmaßnahmen; EVP, ECR und Renew für wirtschaftsfreundlichen Zugang zur Erreichung der Klimaziele
- Grüne und EVP für Schaffung einer Kreislaufwirtschaft, Grüne für mehr Mittel zur Anpassung an den Klimawandel
- Linke für Nutzung von EZB-Geldern für grüne Investitionen

Analyse der Wahlprogramme: Wettbewerbsfähigkeit im Fokus

Insgesamt bekommt das Thema Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wieder mehr Aufmerksamkeit. Besonders für die Parteien EVP, Renew und ECR ist die Verbesserung derselben eine Priorität. Dazu gehört auch, dass das Thema Überregulierung angegangen und der Binnenmarkt weiter vertieft werden soll. Die EVP kann sich dabei sogar einen eigenen KMU- und Deregulierungskommissar vorstellen. Auch die S&D ist generell für mehr KMU-Unterstützung und Investitionen in die Wirtschaft, bei gleichzeitiger Priorisierung von sozialen Rechten.

Die Grünen sprechen sich insgesamt für alternative Formen des Wirtschaftens und einer Dekarbonisierung der Wirtschaft unter Inkaufnahme von weniger Wachstum aus. Mehr Mittel soll es für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel geben.

In Bezug auf die Erreichung der EU-Klimaziele ist für die EVP und Renew Technologieneutralität zur Erreichung der Klimaziele ein wichtiger Bestandteil. Die beiden Parteien wollen insgesamt einen wirtschaftsfreundlichen Zugang zur Erreichung der Klimaziele schaffen. Die Grünen fordern zudem die Abschaffung der Subventionen für fossile Energieträger und die Nutzung dieser Gelder für erneuerbare Energien. Aus Sicht der WKÖ ist im Rahmen der Energiewende sicherzustellen, dass die Reduktion von fossilen Energien mit einem gleichzeitigen Hochlauf Erneuerbarer einhergeht. Renew tritt in diesem Zusammenhang beispielsweise für die

Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, insbesondere im Energiebereich ein. EVP, S&D und Grüne treten zudem für technologische Souveränität im Bereich der Energieträger, auch durch Diversifizierung der Beschaffungsmärkte für Rohstoffe ein. Im Programm der Sozialdemokraten findet sich die Forderung nach einer Reform des Energiemarktes.

Praktikable Gestaltung von Maßnahmen für Unternehmen wichtig

Ein wirtschaftsfreundlicher Zugang zur Erreichung der Klimaziele wird insgesamt von EVP, Renew und ECR gefordert. Grüne, S&D und Linke sind für mehr Klimaschutz mit Hilfe von Regulierungen und staatlichen Investitionen. Aus Sicht der WKÖ müssen Maßnahmen in Richtung möglicher Erweiterung eines Green Deals für Unternehmen jedenfalls praktikabel und finanzierbar gestaltet werden. Der Fokus sollte zunächst auf der Umsetzung gerade beschlossener Regelungen anstatt auf der Schaffung neuer Verpflichtungen liegen. Wichtigster Aspekt ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig muss die (leistbare) Energie-Versorgungssicherheit als zentraler Standortfaktor gewährleistet sein. ●

Links zu den Wahlprogrammen:

- Europäische Volkspartei (EVP) ([Link](#))
- Sozialisten und Demokraten Europas (S&D) ([Link](#))
- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (RENEW)* ([Link](#))
- Europäische Grüne Partei (Grüne) ([Link](#))
- Europäische Konservative und Reformen (ECR)** ([Link](#))
- Europäische Linke ([Link](#)).

*Das Wahlprogramm der Liberalen stammt ursprünglich von der europäischen Partei ALDE. Die französischen und tschechischen Liberalen sind allerdings nicht Teil von ALDE, gehören aber sehr wohl zur EP-Fraktion Renew. In wenigen Einzelfällen könnte es deshalb zu Abweichungen kommen (z.B. Abkommen mit Mercosur).

**Die ECR hat kein eigenes Wahlprogramm verabschiedet. Die Informationen stammen von der Website. Keine österreichische Partei gehört zur ECR. Die ID-Fraktion (Identität & Demokratie) stellt auf ihrer Website nur sehr rudimentäre Informationen bereit. Hinzu kommt ihre Heterogenität, die keine einheitlichen Rückschlüsse auf ihre politische Positionierung zulässt. Von österreichischer Seite ist die FPÖ Teil der ID-Fraktion.



Mag. Barbara Lehmann MA (WKÖ Brüssel, EUREP)
barbara.lehmann@eu.austria.be

EUROPAWAHL
9. JUNI 2024

**NUTZE DEINE
 STIMME.**

